

lich existieren große Mängel in der Verwaltung, in der Organisation der Polizei und innerhalb der Justiz, während das Unterrichtsweesen sich kaum in den Anfängen einer Organisation befindet. Deshalb könnte die Frage der Räumung keine Erlaubnis finden. England könnte die von den Umständen aufgezwungene Verantwortlichkeit augenblicklich nicht ablehnen.

Der Verwaltungsrat der Bank von Spanien hat den Vorschlag der Regierung betreffend ein dem Staatskassafonds seitens der Bank während 30 Jahren zu gewährendes unverzinsliches Darlehen von 150 Millionen angenommen; wobei sollte dieser Betrag im Portefeuille nicht mitanzuführen werden. Die Kommission der Deputierten kammer zog infolge dieser von dem Verwaltungsrat beschlossenen Veränderung den Artikel 4 des betreffenden Gesetzesentwurfes zurück, um denselben in neuer Fassung zu redigieren.

Nachrichten aus O'Beija zufolge dauern die **Juden-Ausweisungen aus Russland** fort. Wie es heißt, soll der Zar entschlossen sein, sämtliche Juden aus Petersburg, Moskau und O'Beija zu vertreiben, da man ihm gesagt habe, daß der sibirische Handel, namentlich der Getreidehandel, vorwiegend in den Händen der Juden sei; die Juden bereicherten sich, während die Ackerbauern und Landbesitzer immer ärmer würden. Die Behörden in O'Beija werden, wie mitgeteilt wird, demnächst einen Judenensuzus vornehmen. Von 120 000 ansehnlichen Juden sollen diejenigen, welche in andere Städte gehen, ausgewiesen werden. Eine Frist von 6 Monaten soll nur denjenigen gelassen werden, welche Immobilien besitzen. Da in genannten Städten eine große Zahl von Juden wohnt, so scheint die russische Regierung tatsächlich die Auswanderung derselben erzwingen zu wollen. — Meldungen aus Chicago zufolge protestieren die dortigen Wohlthätigkeitsvereine für Juden gegen die Einwanderung russischer Juden. Die Geldbeiträge des Barons Hirsch lehnen sie ab, da durch ein Zwang ausgeprochen werde, jedem ankommenden bedürftigen Juden zu helfen. Der Protest dieser Vereine wird sämtlichen Judenvereinen Europas zugesandt werden mit dem Bemerkten, daß Chicago bereits überreich an Juden sei.

— Die Ernennung des früheren Kultus-Ministers v. Gopler zum Ober-Präsidenten von Süddeutschen gilt, wie die „Königsb. A. Z.“ zuverlässigen Privatnachrichten zufolge schreibt, als sicher.

— Der Kolonial-Mat wird, wie es heißt, auf den 1. Juni einberufen werden.

— Dem Vorstande des Frankfurter Demokratischen Vereins waren einige Parteilager für den süddeutschen deutsch-freireiwilligen Parteitag zur Verfügung gestellt worden, mit der Einladung, sich bei denselben durch einige seiner Mitglieder als Ehrenmitglieder vertreten zu lassen. Der Vorstand hat jedoch geantwortet, die Einladung abzuweisen zu sollen unter Hinweis auf die trennenden Programmpunkte in erster Linie, dann aber auf die Differenzen, die zwischen den frankfurter Demokraten und Deutsch-freireiwilligen bei der letzten Reichstagswahl zu Tage getreten sind und auf das Bestehen einer deutsch-freireiwilligen national-liberalen Fraktion in der Stadtverordneten-Versammlung zu Frankfurt. Der völkerverständliche Abgeordnete Payer hat eine ähnliche Einladung ebenfalls abgelehnt.

Bern, 26. Mai. Spanien ließ seinen Beitritt zur Phylaxera-Übereinkunft vom 3. November 1881 erklären.

London, 26. Mai. Die Firma Armstrong, Mitchell u. Co. teilt mit, daß Turpin bei den Verhandlungen über den Verkauf des Melinitis ausdrücklich erklärt habe, volles Verkaufsrecht zu haben. Die französische Regierung habe später an dem Melinit wichtige Verbesserungen vorgenommen, welche Turpin nicht mitteilen worden seien.

Wie verlautet, sind die Differenzen wegen der Konzeption für die im Kongress gelegenen Kalaniaminen ohne Intervention des Königs von Belgien, der zum Zwecke einer Lösung der Streitfragen nach London kommen wollte, beglichen worden.

Die zuständige Gerichtsbehörde bestätigte die **Scheidung**

sich gerichtet, dann verschwand der Wagen hinter einer Biegung der Straße.

„Sie ist es,“ murmelte der greise Pfarrer tief ergriffen, „mein Gott, lass sie nicht untergehen in Gläub und Schuld!“ (Fortsetzung folgt.)

Der Kaiser wird nach seiner Rückkehr im Schloß das viel-bekannteste Motiv-Gemälde der Frau Wilma Parlagisch in Augenlicht nehmen. Das Bild hat bekanntlich nicht das Maest der Ausstellungsjury gefunden. Der Kaiser hat sich auf Wunsch des Herrn Dr. Krüger, des Gemäldes der Künstlerin, bereit erklärt, das Gemälde zu besichtigen.

Dr. Robert Schöchels Willkür wird gegenwärtig von Frau-lein Stenhal genant; dasselbe ist vom Deutschen Schriftstellerverband seinem verdienstvollen Präsidenten als Geschenk zum 70. Geburtstag zugeeignet.

Zur Zeit des Musikfestes der 23. deutschen Tonkünstler-Vereinigung führt Herr Emil Ullrich in dem blauen Saale der Willkomme auch seine Klaviatur vor. Dasselbe ist das Problem, die alte Klaviatur unter Beobachtung ihrer jeweiligen Verhältnisse zu verbessern und zu modernisieren und dadurch die Schwierigkeiten des Klavierspiels zu mindern.

Ueber die Straßenbahn-Eisenbahn-Gesellschaften (Schweiz), deren Gründung wir jüngst meldeten, bringt die „Zürcher Post“ noch nähere Angaben. Der Plan, in Europa die erste elektrische Lokomotive für den praktischen Betrieb gebaut zu haben, gehört der Maschinenfabrik Dierikon. Bekanntlich lebte man noch vor kurzem alles Vertrauen in das Akkumulatorkraftsystem, nach welchem die bewegende elektrische Kraft an einer Kraftquelle angehaufen, die Wagen je nach Bedarf zur Zeit des Betriebes mit derselben „geladen“ werden können. Eine bedeutende Kraft, Zeit und Geldverschwendung ist nun in dem System gefunden, wonach die erforderliche Elektrizität jederzeit im Wagen selbst in niedriger oder höherer Classe erzeugt werden kann. Eine solche Lokomotive, etwa vier Meter lang, ist leicht gebauter Wagen, unter dessen Fußboden sich ein Motor befindet. In der Mitte steht der Lokomotivführer wie ein Steuermann am Ruder und manövriert mit einfachen Vorrichtungen, um den Zug plötzlich zum Stehen zu bringen oder schneller oder langsamer fahren zu lassen. Auf der Achse, namentlich freier Standpunkte, befindet sich ein Motor, die nächste und fernere Aussicht, so daß Passagiere und Fußgänger durch sein Glockensignal leicht anmerken gemacht werden können.

Condit ist der übliche Befehl selbst in belebten Distrikten durch die elektrische Bahn viel weniger gefährdet, als durch den Dampf- oder Pferdebetrieb; denn auch das Rollen, Stoßen und Pfeifen fällt hier weg. Von der Kraftstation, der Turbinenlage in der Nähe vom Eisenbahn geht der Speisestrom, getragen von Telegraphenstützen, den Bahnhöfen entlang und gleichlaufend zu diesem befindet sich ein zweiter, an dem gleichen Stangen an eisernen Armen angebrachter dicker Draht mitten über dem Bahngelände. Dieser hat die Aufgabe, den elektrischen Strom auf den Motor zu übertragen, und zwar durch einen Hebelarm der Lokomotive, der wieder mit beweglichen Rollen unter dem Leitungsdraht in Verbindung steht; der negative Strom wird von der Lokomotive aus durch einen Hebel und durch die unter sich rollende mit Kupferblechen verbundenen Schienen hergeleitet und nach dem negativen Pol der Turbine geleitet. Das ganze Unternehmen erfordert 380 000 Franken Anlagekapital.

des Ehepaares D'Shea. Man glaubt, daß Barnett die geschiedene Frau D'Shea in kurzem heiraten werde.

Paris, 26. Mai. Der heutige Ministerrat beschäftigte sich auch mit der Frage, welche Maßregeln zu treffen wären, falls bei Verlängerung des Streikes die Omnibus-Compagnie ihre Konzeption verlieren sollte.

Die Kommission für die Arbeiterfrage nahm einen Antrag an, durch welchen den öffentlichen Verkehrsgesellschaften verboten wird, ihre Angestellten länger als täglich 12 Stunden zu beschäftigen.

Die Unzufriedenheit des portugiesischen Finanzministers soll speziell mit Verhandlungen wegen Unterbringung der in Portugal unplatzen 150 000 Stück Tabakobligationen zusammenhängen.

Sanghai, 25. Mai. Die Volksbewegung gegen die Ausländer dehnt sich schnell aus. Auch auf die Hüter der arbeitslosen Mission in Nanking ist ein Angriff gemacht worden. Der Hüter zerstörte dieselben, wobei die Bewohner mit großer Not entkamen. Man fürchtet für die Sicherheit der fremden Kaufleute in den Vertragshäfen. Die Tamulle aus Yangtseung schreibt man den Jünglingen geheimer Gesellschaften zu, die sich zahlreich in China verbreiten sind.

Wladimir, 25. Mai. Die Untersuchungen des Stadtkammerers Wardeley betragen 1 1/2 Millionen Dollars.

Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung am 26. Mai.

Eröffnung 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Etats.

In der allgemeinen Besprechung bemerkt

Abg. Richter (fort.): Wir müssen uns durch die Bestimmung der Verfassung, daß mit dem 1. April der Etat fertig sein soll, veranlaßt fühlen, die Besätze nicht ungenügend zu berechnen. Sollen sich aber die das letzte Mal, wo wir eine laufende Bestimmung der Verfassung leicht gemacht haben, daß wir über einen Monat die Fertigstellung des Etatsgeschäfts hinausgeschoben haben. Wenn alle Teile das Bewußtsein der Dringlichkeit und Notwendigkeit von der Aufrechterhaltung dieser Verfassungsbestimmung gehabt hätten, so wäre es durch andere Dispositionen doch möglich gewesen, diese Bestimmung aufrecht zu erhalten.

Der Finanzminister hatte in seiner Eröffnungsrede zweifellos Recht, wenn er uns vor Augen führte, wie die ganze Zukunft der Finanzen weitgehend allein durch den Einnahmehat entschieden wird, wie auch die beste Finanzverwaltung irgend eine Konjunktur auf dem Weltmarkt zum Scheitern gebracht werden könne. Außerdem hatte er für dieses Jahr 33 Millionen Ueberschuß in Aussicht gestellt. Nun hat ein dieses national-überes Maas aus Anlaß des bevorstehenden Budgets des Ministers von Maybach mitgeteilt, daß die Abschlässe des vergangenen Jahres zu ungenügende seien, daß 50 bis 60 Millionen Minderüberschuß bei der Einnahmeverwaltung vorhanden wären. Es führte dabei die Einnahmen des Herrn von Maybach an, welche davon ich nicht spreche. Ich spreche in diesem Augenblick davon, die Einnahmeverwaltung des Ministers v. Maybach irgendwie eingehender zu besprechen. Es ist mir merkwürdig, daß gerade diejenigen, welche früher die eifrigsten Anhänger der Einnahmeverwaltung waren, jetzt an den meisten verfaßtesten Einnahmehat heranzustellen haben und fortwährend über dies und jenes flagen, was nicht in der Person des Ministers, sondern lediglich in dem System selbst liegt. Wir werden ja abwarten, ob irgend ein Nachfolger des Ministers v. Maybach das Gesicht behalten wird, die fassbaren Mängel der Einnahmeverwaltung zu beheben. Ich frage nur, ob dem jener Ueberschuß bei den Einnahmen vorhanden gewesen ist und wie es mit den 33 Millionen Ueberschuß, welche der Finanzminister als vorläufigen Ueberschuß des abgelaufenen Jahres an gegeben hat? Die Wahrscheinlichkeit ist auch, daß die Finanzverwaltung den Modus acceptiert, dessen wir uns im Reiche zu bedienen haben, daß in dem Augenblick, wo die Ueberschuß bekannt sind, dieselben im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht werden. Behebt sollen diese Dinge eine Ueberschuß für die Volkswirtschaft bilden? Sollenfalls aber haben wir, wenn die Zahlen betreffend der Einnahmen nicht etwas ungenügender lauten sollten, seinen Grund zur Besorgnis. Denn der vorliegende Etat ist mit einer feinen Genauigkeit und Sorgsamkeit angefertigt, daß wir ein Defizit nicht zu bezagen haben.

Finanzminister Dr. Miquel: Von der Regierung wird der Wunsch des Abg. Richter in Bezug auf die rechtzeitige Fertigstellung des Etats vollkommen geteilt. Die Staatsregierung hat diesem in Ueberschneidung mit dem Hause gehandelt, und es würde ohne diese Fertigstellung des Etats kaum gelangen sein, die großen Reformen zum Abschluß zu bringen.

Was dann die vom Vordränger verlangte Klarlegung des Einnahmehats von 1890/91 anbelangt, so habe ich schon bei der Einbringung des Etats, wo ich die Ueberschuße auf 33 Millionen veranschlagte, in Charakteristik der ganzen Finanzlage darauf hingewiesen, wie unrichtig und schwandend die sogenannten Ueberschuße der Einnahmeverwaltung sind. In den ersten Monaten des Jahres gestalten sich die Einnahmen der Einnahmeverwaltung verhältnismäßig günstig und darauf stütze ich meine Annahme, daß möglicherweise ein Ueberschuß von 33 Millionen erzielt werden würde. Die folgenden Monate aber vom Herbst bis Ende April d. J. haben eine so bedeutende Steigerung der Ausgaben ergeben, daß die damalige Veranschlagung der Einnahmen in keiner Weise zutrifft. Wir können heute schon mit annähernder Sicherheit übersehen, daß die Einnahmeverwaltung einen Minderüberschuß gegen den Etat von etwa 52 Millionen haben wird. (Hört, hört!) Minderüberschuß werden etwa ankommen 34 1/2 Millionen, dagegen die Ausgaben mehr als 65 Millionen. Das ist aber zu berücksichtigen, daß in diesem Minderüberschuß 7 1/2 Millionen Gehaltsverhöhen stecken, welche beim Finanzministerium eripiert worden sind. Außerdem kommen noch an Entlohnungen in Folge von Konvertierung von Prioritätsobligationen dem Einnahmehat 1 1/2 Millionen zu Gute, so daß sich im Ganzen die Unterbilanz auf 22 bis 23 Millionen reduziert.

Wir nehmen nach den jetzt vorliegenden Zahlen an, daß sich im Ganzen Minderüberschuß bezw. Minderbedarf in der Höhe von 10 1/2 Millionen ergeben werden.

Dagegen beträgt der Mehrbedarf bei der Einnahmeverwaltung, soweit es die jetzt zu übersehen ist, rund 32 Millionen; die Einnahmen von der Brauntweinverbrauchsabgabe liefern einen Minderertrag von 4 Millionen. Die Materialumlagen sind erhöht um 6 1/2 Millionen für den viel mehrer Nutzen. Die Ueberschneidungen an die Kommissarien Ueberschuß werden zwischen 42 und 44 Millionen betragen, also noch mehr als im Vorjahre (Braun) rechts und im Zentrum, lieber! (Hört, hört!) Bei der Kammerverwaltung haben wir einen Mehrbedarf von 2 Millionen, bei der Verwaltung des Amers von 2 1/2 Millionen, bei der landwirtschaftlichen Verwaltung von 1 Million. Größlich sind abermalsige Ausgaben von 1 1/2 Millionen vorhanden, und hieran ergibt sich, daß wenn diese Berechnungen, die ich nur mit allem Vorbehalt abgeben konnte, zutreffend sind, der gesamte Finanzüberschuß noch mit einem Ueberschuß von 13 Millionen abschließt, immer unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, daß wir dabei irgend eine Schuldentilgung über diesen Betrag hinaus, eine extraordinäre Schuldentilgung auf unsere gewaltigen Finanzschulden nicht haben.

Nach diesem Ergebnis ist auch für den Laien klar, daß wir alle Ursache haben, bei der Bemerkung der Ausgaben und der Verminderung höherer Einnahmen sehr parat vorzugehen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (deutsch-frei) wiederholt zunächst den Wunsch des Abg. Richter, daß nach dem Borgange im Reichstage künftig auch über die Abschlässe des vorigen Jahres Staatsausgaben, nachdem diese selbst am 15. Juni erfolgt sind, die finanziarischen Ergebnisse veröffentlicht werden. Sodann möchte ich den Herrn Minister um nähere Auskunft bitten über die von ihm mitgeteilte Steigerung der Mehrausgaben der Einnahmeverwaltung über den Etat von 65 Mill. Ich vermute, daß, abgesehen von den 7 1/2 Millionen Gehaltsverhöhen, verbleibend an den fassbaren Ausgaben Mehrausgaben entstanden sind. Es würde zunächst die Frage entstehen: hier bei der Erneuerung des Etats, bei der Erneuerung der Obermaterialien, bei den Bauarbeiten, bei der Erneuerung der Reichsämter beträchtliche Summen mehr verausacht worden, als im Etat angelegt sind?

Wenn das der Fall sein sollte, so würden diese Mehrausgaben ja gewissermaßen eine erhöhte Kapitalanlage darstellen, die der Zukunft zu Gute käme, da die daraus resultierenden Erneuerungsmittel nach der Berechnung des Einnahmehats schon den Verfall des Jahres überlegen.

Demnach wird auch ein erhebliches Plus eintreten auf die höheren Betriebskosten. Ich denke hier zunächst an die höheren Kohlenpreise, Finanzminister Campaigns hat seiner Zeit mitgeteilt, daß die Kohlenpreise im Ganzen die Bilanz nicht beeinflussen, weil das was für neuere Kohlen mehr ausgegeben wird bei den Einnahmen, wieder mehr einkommt bei den Verwerfen. So sehen wir ja auch hier bei den Verwerfen ein Plus von 10 1/2 Millionen. Ob sich das heute noch so weit deckt, nachdem die Einnahmen durch die Veröffentlichung eines so großen Umfangs erreicht haben, kann ich nicht beurteilen. Sie sehen aber auch hier voraus, von welcher Bedeutung es für die Staatsregierung ist, daß sie sich allen Möglichkeiten, die Kohlenpreise künstlich durch Ringbindungen zu steuern, scharfer widersetzt, als früher. Wir haben in der letzten Zeit gesehen, daß die Einnahmeverwaltung größere Mengen Kohlen aus England bezogen hat. Das ist jedenfalls in der jetzigen Situation durchaus angezeigt, und ich möchte die Regierung bitten, sich durch die Abnahme der Interesselosten nicht betören zu lassen, sondern rücksichtslos das allgemeine Staatsinteresse dem Interesse für den Staat vereinigt Beherrschungen gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Dann kommt auch in Betracht die Verteuerung der Schienen, welche durch die Schienenartelle zum Teil hervorgerufen ist. Unzweifelhaft ist ein Teil der Mehrausgaben auf eine solche Verteuerung des Materials zurückzuführen. Der Reichstag hat auf meinen Antrag bei dem Etat der eisenbahnlichen Bahnen eine Resolution angenommen — und die Regierung hat dem zugestimmt — welche die Regierung ersucht, künftig bei der Etatsberatung die Ergebnisse der Schienenbahnmissionen genau anzugeben, damit man parlamentarisch im Stande ist, auf die Wirkung der Artelle bezüglich der Preisbildung scharfer achten zu können, als es bisher möglich war. Ueberhaupt wäre es sehr richtig, aus einer Gegenüberstellung der Materialpreise zu sehen, inwieweit die Mehrausgaben mit solchen gestiegenen Preisen in Zusammenhang stehen. Die 65 Millionen Mehrausgaben, von denen der Finanzminister gesprochen hat, sind nicht für die Mehrausgaben, welche immer behauptet, daß die künstliche Ringbindung, wenn sie auch im Interesse verbleibt, es der Industrie ermöglicht, das Ausland um so billiger zu versorgen. Wir sehen, wozu es führt, wenn man durch Begünstigung der Artelle den Absatz für das Ausland auf Kosten des Inlandes erleichtert, wir sehen, daß die Einnahmeverwaltung selbst damit die Nachschäge empfangt, und daß diese Schläge in ein überreichend hohen Ausgabebereich und in Folge dessen in einem ungünstigen Ueberschuß des Etats zum Ausdruck kommen.

Finanzminister Dr. Miquel: Die Frage des Abg. Richter, von welcher Beschaffenheit die Mehrausgaben sind, und auf welchen Einnahmen sie beruhen, ist allerdings für die Kalkulation der Zukunft von großer Bedeutung. Durch Anfragen bei der Einnahmeverwaltung wollte ich mir Klarheit verschaffen, welcher Teil dieser Mehrausgaben dauernder Natur ist und welcher vorübergehender. Aber zu einer vollständigen Klarheit bin ich nicht gekommen. Ein großer Teil ist vorübergehender Natur und veranlaßt durch die Hochkurse von Herbst 1891 ergibt, daß die Mehrausgaben mehr oder weniger auf alten Titeln beruhen, und keineswegs bloß an den vom Abg. Richter besonders hervorgehoben. Wir haben in Folge der Beschäftigungen und neuen Einrichtungen bis Ende Januar gegenüber dem gleichen Zeitraum des vorangehenden Jahres eine Mehrausgabe von 11 Millionen, an Wohnungsgeldzuschüssen 7 Millionen, für Hilfsarbeiter und verordnete Ausgaben ein Mehr von 10 Millionen, an fasslichen Mehrausgaben drei Millionen, für die Unterhaltung der Bahnanlagen 5 893 000 Mark, Kosten für Bahntransporte mehr 12 413 000 Mark, für Erneuerung der Betriebsmittel mehr 13 Mill. Mark, für Reparaturen u. dergl. 1 840 000 Mark. Mehrausgaben sind also auf allen Gebieten entstanden. Daraus sind die Mehrausgaben im Ganzen hervorgegangen, und darin steht ein großer Teil der Mehrausgaben. Bis Ende Januar betragen die Mehrausgaben 60 533 000 Mark, während der Etat überhaupt eine Mehrausgabe von 58 Millionen verweist. Im Monat April d. J. haben wir noch eine bedeutende Mehrausgabe zu erwarten. Wir müssen hoffen, daß dieselbe sich mit der Zeit vermindern werde.

Abg. Graf Kautz erklärt, er könne sich im Wesentlichen mit den Ausführungen Richters einverstanden erklären. Als Richter im Vorjahre seinen Antrag wegen der Kohlenpreise im Reichstage eingebracht habe, habe er (Redner) zwar gegen diesen Antrag gestimmt. Aber er könne offen aussprechen, daß er heute darüber anders denke. Nicht etwa weil er seine Ansichten prinzipiell geändert habe, sondern wegen der inzwischen eingetretenen, durch Kohlenpreiserhöhung und Vorkurspreiserhöhung in Folge dessen eingetretenen Verhältnisse. Dies kann Kohlenpreise sehr ungenügend sein, eine weitere Erhöhung dieser Kohlenpreise wäre ihm sehr lieb, wenn die Regierung dieser Kohlenpreiserhöhung eine Ergebe durch anderweitige Gestaltung der Kohlenpreise.

Abg. Richter spricht seine Genehmigung über die Ausführungen des Vordrängers aus und dringt ferner in den Minister, derartige amtliche Ergebnisse, wie er sie heute vorgetragen habe, doch stets rechtzeitig in dem amtlichen Blatt, dem „Reichsanzeiger“, zu veröffentlichen, wie dies die Reichsfinanzverwaltung tue.

Abg. von Gruen (national) wendet sich gegen die gemeinschaftlichen Angriffe des „Sunder's“ und des „Demokraten“ auf die Kohlenpreise. Was dieser nicht wollte, sollte sich doch vor allem zuerst an die Staatsverwaltung selber halten, denn die Verwaltung der staatlichen Staatsbürger Steuern sei doch an dem dortigen Kohlenverkaufverein beteiligt.

Abg. Richter weist, sie bestehend, auf die künstlichen Ringbindungen hin, die den Etat bisher solche Karte zu ungenügend habe, die niedrigen Kohlenpreisen, die die Reichsfinanzverwaltung über ein bestimmtes Quantum hinaus einer als Strafe dienenden Sonderbesteuerung zu unterwerfen. Diese künstliche Unterbindung der Preisfunktion durch den Staat müsse ein Ende nehmen. Wenn der Graf Kautz sich in der Kongressfrage seinen Ansichten ebenso nähern wollte, wie jetzt in der Frage der Kohlenpreise, und wenn andererseits Herr von Gruen in der Frage der Kongresse sich ihm anschließen wollte, so würde er sehr gern Arm in Arm mit diesen beiden Herren das Sachverstand in die Schranken jorden. (Beifall.)

Abg. Graf Kautz erwidert dem Vordränger, die Sache liegt bei den Kongressen doch anders, als bei den Kohlenpreisen. Drei Viertel sämtlicher Kohlenpreisen seien im Besitz reicher Leute in Berlin, die Getreidepreise dagegen hätten den Zweck, einen für das Vaterland nachteiligen Erwerb zu erzielen, und kämen Vielen zu gut. Im Uebrigen würde es ihm recht sein, wenn diese Debatte jetzt schloße, und die Spezialberatung begänne.

Abg. Haunacher (national) entgegnet, das glaube er wohl, aber Graf Kautz müsse sich nun auch gefallen lassen, daß ihm geantwortet werde. Graf Kautz unterbreite sich von dem Abg. Richter sehr erheblich: Letzterer sei grundsätzlicher Gegner aller Preisartelle. Graf Kautz dagegen wolle sie den Agrariern erlauben, den Industriellen aber verwehren. Das sei ja die richtige feudale Auffassung, die einer untergegangenen Zeit angehöre. Redner vertritt weiterhin ausdrücklich die Berechtigung der Kohlenpreiserhöhung.

Nachdem **Abg. von Gruen** nochmals namentlich dem Standpunkte des Grafen Kautz entgegengetreten und u. A. gemeint, eine solche Anweisung, daß „hohe Getreidepreise vielen in Lande zu Gute kommen“ sei im Parlamente wohl noch niemals gehört worden, bemerkt:

Minister Miquel, der Wunsch Richters nach sofortiger Publikation des Finanzabschlusses, sobald derselbe abgeschlossen ist, im Reichsanzeiger“ werde von der Regierung in Erwägung gezogen werden.

Abg. Schmieding (national) befreit überhaupt, daß die Kohlenpreiskauf-Vereinigungen in Weiskalen solche Ringbindungen seien, wie man sie nicht bekämpfe.

Abg. Richter führt nochmals aus, der Staat dürfe nicht solche Ringbindungen unterlassen durch künstliche Abänderung der Konkurrenz, sei es nun durch Subventionen, sei es durch den Zwang, sich einer Produktionsbeschränkung, wie sie die weltliche Bergbau-Gesellschaft befehlen habe, zu unterwerfen. Das es sich — im Gegenstand zur Auffassung des Vordrängers — ebenfalls wirklich um staatliche Förderung von Ringbindungen handle, erhebe ja schon aus der Tatsache, daß für die Steuern ein Zwang zum Beitritt zu der Bergbau-Gesellschaft bestehe. Es würde überhaupt nicht notwendig